Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 22 (1996)

Heft: 1

Artikel: Soziologische Analysen zum Tranformationsprozess in Deutschland, fünf Jahre nach der Wende

Autor: Mutz, Gerd

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814696

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol./Rev. suisse sociol./Swiss Journ. Sociol., 22 (1), 1996, 207–219

SOZIOLOGISCHE ANALYSEN ZUM TRANSFORMATIONSPROZESS IN DEUTSCHLAND. FÜNF JAHRE NACH DER WENDE

Ein Sammelbesprechungsessay

Gerd Mutz
Müncher Projektgruppe für Sozialforschung e. V.

I

Was ist in der neuen Bundesrepublik seit 1989 passiert? Welche Themen werden in der Öffentlichkeit diskutiert und wie denken die Sozialwissenschaftler in Deutschland über die Veränderungen? Was hat die deutsche Soziologie zu diesem Transformationsprozeß zu sagen? In diesem Beitrag werden einige Antworten skizziert. Eine umfassende Würdigung dieses komplexen Vorgangs wird freilich nicht möglich sein. Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen ist die Einsicht, daß es seit 1989 in Ostdeutschland *keine* stetige Phase des sozialen Wandels in Form einer „verspäteten" oder „nachholenden" Modernisierung gegeben hat; der Transformationsprozeß führte auch nicht *zwangsläufig* zu einer Übernahme der bekannten Muster westlicher Lebensverhältnisse. Der bisherige Prozeß in West- *und* Ostdeutschland ist in vorerst drei Phasen verlaufen, in denen auf den unterschiedlichen Ebenen immer wieder „Umbrüche" und „Anpassungen" stattgefunden haben.

In einer ersten Phase in den Jahren 1989 bis 1991 war zunächst der politische, dann der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR absehbar. Die zweite Phase war auf das Jahr 1992 beschränkt, in der die Strukturen des „Zusammenwachsens" in Deutschland allmählich Gestalt annahmen: Es setzten sich zunehmend soziale Ungleichheiten zwischen West- und Ostdeutschen sowie auch innerhalb der Ostdeutschen Bevölkerung durch. In der bislang letzten Phase, die 1993 einsetzte, konsolidieren sich die sozialen Verhältnisse sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland.

Diese phasenförmige Entwicklung des sozialen Wandels im Transformationsprozeß Deutschlands hat seine Entsprechung in der medialen Öffentlichkeit, die in den vergangenen fünf Jahren immer stärker konturierte West-Ost-Bilder „herausgearbeitet" hat. In der ersten Phase hatten die Medien in Deutschland ausschließlich die politische und wirtschaftliche Dimension der Ereignisse seit

1989 aufgegriffen. In der zweiten Phase stand in den Medien ein Diskurs im Vordergrund, der die sozialen Aspekte des Transformationsprozesses fokussierte; *die* West- und *die* Ostdeutschen wurden als Typen unterschiedlicher sozialer Ordnungen inszeniert. Die dritte Phase ist durch einen Mediendiskurs charakterisiert, der die kulturellen Elemente des sozialen Wandels in Deutschland betont; West- und Ostdeutsche werden als Kultur-Typen thematisiert, wobei der früheren nationalen Zugehörigkeit (wieder) eine größere Rolle zugeschrieben wird.

Die soziologische Profession hatte mit einer gewissen Zeitverzögerung, die vor allem den langen Publikationszeiten geschuldet ist, reagiert und sich dieses Sachverhaltes angenommen. In der ersten Phase entstanden überwiegend publizistische „Schnellschüsse", die als sichernde Bestandsaufnahme ihren Wert haben; daneben erschienen Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden, die durchaus schon die Richtung späterer Diskurslinien erkennen ließen. In der zweiten Phase gab es bereits eine Reihe von Publikationen, die die Transformation in West- und Ostdeutschland als sozialen Prozeß – mit vielen unterschiedlichen Facetten – beschrieben. Erste Monographien und Aufsatzbände hatten zum Teil sehr fundierte Analysen geboten. Mit Beginn der dritten Phase ist zu beobachten, daß sich die soziologischen Diskurslinien und Themenbereiche verfestigen – es findet bereits eine gewisse Abschottung statt. Die historische Perspektive nimmt einen größeren Raum ein; es wird gefragt: „Was war eigentlich die DDR?"

II

1. Neben den radikalen politischen Veränderungen (Maueröffnung am 9.11.1989, Beitrittsverhandlungen, letzte DDR-Wahl am 18.3.1990, Währungsunion am 1.7.1990 – von vielen DDR-Bürgern als „eigentliche Wende" angesehen –, Beitritt der DDR zur BRD am 3.10.1990) zeichnete sich gleichzeitig ein ökonomisches „Desaster" in Osteuropa ab, das in Ostdeutschland nicht manchesterkapitalistisch, sondern staatlich-reguliert verlief. Die erste Phase des beginnenden Transformationsprozesses war in Ostdeutschland bis in das Jahr 1991 hinein geprägt von Zusammenbrüchen im gesamten Industrie-, Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich – eine hohe Anzahl von Erwerbspersonen wurde auf Kurzarbeit-Null gesetzt, ein weiterer Teil in eine der vielfältigen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung geschleust und ein kleiner Teil wurde direkt entlassen bzw. frühverrentet. Frauen und ältere Erwerbspersonen waren zuerst und in überproportionaler Zahl von Arbeitslosigkeit betroffen. Die re-

gulierenden Eingriffe der Arbeits- und Sozialverwaltung verhinderten eine Massenarbeitslosigkeit.

Die „Stimmung" war im gesamten Deutschland zu diesem Zeitpunkt recht zuversichtlich. In den Städten Ostdeutschlands begannen die ersten Sanierungsarbeiten, und es war dort das „Gefühl" vorherrschend, es würde einen politisch induzierten wirtschaftlichen Aufschwung geben. Trotz der einsetzenden Unsicherheit (insbesondere in bezug auf die Arbeitsplätze) gab es eine Aufbruch- und Aufbaustimmung sowie ein hohes Aktivitätspotential. Die auftretenden Probleme wurden sowohl in West- als auch in Ostdeutschland als vorübergehende Startschwierigkeiten interpretiert; über deren Lösung wurde auf der politischen Ebene nicht „wirklich" gestritten, im Vordergrund standen vielmehr die zu befürchtenden (oder – von der anderen Seite – bestrittenen) Kosten der Einheit.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation herrschte in Ostdeutschland ein relativ positives Investitionsklima; die Treuhandanstalt vermittelte den Eindruck, daß man ökonomische Schwierigkeiten, z. B. bei Übernahmen und betrieblichen Neuansiedlungen, abfedern könnte. Der BRD-Staat war in den Augen der Ost-Bürger ein übermächtiger „Regulator", der den Anschub finanzierte, die notwendigen Veränderungen koordinierte und Härtefälle bewältigte; es wurde aber auch die Gefahr gesehen, daß staatliche Instanzen die gewonnenen partizipativen Demokratiemomente (direkte Bürgerbeteiligung, Runde Tische) bedrohen könnten. Die ostdeutschen Erwerbspersonen schauten mit „Bangen und Hoffen" auf die Arbeitslosigkeitsquoten im Westen; dennoch überwog das Gefühl der Hoffnung, das an den eigenen Fähigkeiten festgemacht wurde.

In den Mediendiskursen in der BRD und in der DDR, später in West- und Ostdeutschland, standen die politischen und wirtschaftlichen Aspekte des Transformationsprozesses im Vordergrund. Interessant ist, daß es 1989 und Anfang 1990 hauptsächlich um politische Fragen ging, nämlich um die angemessene demokratische Gestaltung des sozialen Wandels. Erst als immer deutlicher wurde, daß *ein* Volk auch eine *Nation* sein sollte („Wiedervereinigung"), und diese Absicht mit den Siegermächten und anderen befreundeten Staaten des Westens abgeklärt war, überlagerten ökonomische Diskurse die politischen Fragen. Es wurden wirtschaftliche Sachzwänge diskutiert – dafür ist der mediale Diskurs über die Währungsunion ein gutes Beispiel. Der politische Diskurs, etwa über die Partizipation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen beim Vereinigungsprozeß, wurde „tiefer gehängt", er fand nur noch im Lokalteil und im Feuilleton statt.

Die BRD- und DDR-Bürger bzw. die West- und Ostdeutschen wurden in den Mediendiskursen in zwei (sich ergänzenden) Richtungen charakterisiert: Erstens wurden die jeweils Anderen als eine auffällige Erscheinung dargestellt; zweitens wurde unübliches Verhalten beschrieben. Die „andere" Erscheinung wurde an äußerlichen Attributen festgemacht, etwa an der Kleidung (Anzug vs. Windjacke) oder an Statussymbolen (BMW vs. Trabbi); das „andere" Verhalten wurde durch Gegenüberstellungen, wie beispielsweise: gewandt vs. linkisch, schnell vs. langsam, skizziert. Die Berichterstattung in der ersten Phase zielte n*icht* darauf, BRD- und DDR-Bürger bzw. West- und Ostdeutsche als einander fremde, sondern zunächst nur als unterschiedliche Personengruppen zu beschreiben.

Die Soziologie der „ersten Stunde" war in West- und Ostdeutschland, wie andere Sozialwissenschaften auch, zunächst sprachlos, und es kursierte die Frage, ob dieser radikale soziale Wandel in Osteuropa und in der DDR nicht voraussehbar gewesen wäre. Die ersten Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden näherten sich nur zögerlich dem neuen Themenkomplex. Dabei ist vor allen Dingen auf seiten der westdeutschen Kollegen auffallend, daß sie weder ihre Forschungsmethoden noch ihre Theoriemuster änderten, sondern diese „einfach" auf einen neuen Gegenstand anwendeten. Bemerkenswert ist auch, daß nur wenig empirisch oder theoretisch arbeitende Kollegen ihre Forschungen über den deutsch-deutschen Kontext hinaus ausweiteten; wenn dennoch der soziale Wandel in Osteuropa miteinbezogen wurde, dann wurde stets die historische Einmaligkeit betont, als ob es nicht bereits in Südeuropa und in Asien vergleichbare Umbrüche gegeben hätte.

Ein Beispiel für die zögerliche Rezeption der veränderten gesellschaftlichen Situation ist der Frankfurter Soziologentag, der 1990 unter dem Thema „Die Modernisierung moderner Gesellschaften" stattfand: in dem (eigentlich) einschlägigen Plenum „Systemveränderung sozialistischer Gesellschaften" hatte es nur zwei Beiträge gegeben, die eine hohe Qualität hatten. Es ist offensichtlich, daß sich die Soziologen im Herbst 1990 – ein Jahr nach dem Mauerfall – der Tragweite der Ereignisse noch nicht bewußt waren.

In dieser ersten Phase wurden allerdings bereits Rahmen abgesteckt, in denen in den folgenden Jahren das Thema „sozialer Wandel" bzw. Transformationsprozeß abgehandelt wurde. Ein solcher auch heute noch aktueller Rahmen ist der modernisierungstheoretische: Ausgelöst durch Spiegel- und Allensbach-Umfragen sahen sich viele Ostdeutsche in bundesdeutsche Verhältnisse der 50er Jahre versetzt, in die Provinzialität des „Heimatmuseums DDR". Es wurde das Bild vom prämodernen „Ossi" entworfen, und es wurde unterstellt, daß sich individualisierende Muster der Lebensführung nicht in dem Maße durchgesetzt hätten, wie dies für moderne Gesellschaften kennzeichnend sei –

die Rede war von „blockierter Modernisierung", von „halbmoderner Gesellschaft" und von „argloser Modernität". Einige kritisierten die mit einer solchen Diskussion angeblich (!) einsetzende „Modernisierungshetzjagd", andere äußerten sich erleichtert, daß *die* Modernisierung bei den Ostdeutschen noch nicht angekommen sei.

In diesen Rahmen ist die Publikation des ostdeutschen Sozialwissenschaftlers *Engler* einzuordnen, der 1992 einen Band früher verfaßter Aufsätze vorgelegt hat. Wie Engler im Geleitwort betont, handelte es sich *nicht* um einen „Beitrag zur Ost- oder gar DDR-Kunde"; das Buch bringe auch keine „neuen, bisher nicht gesehenen Tatbestände ans Licht, weder Daten, Statistiken noch Hintergrundfiguren und auch keine verschollenen Aufzeichnungen". Vielmehr versucht Engler mit einem wissenssoziologischen Zugang „die Innenseite einer Erfahrung zu rekonstruieren, die einzigartig war wie andere epochale Erfahrungsweisen auch". Er rekonstruiert beinahe schon ethnographisch in Anlehnung an Elias die „zivilisatorische Lücke" in den DDR-Lebensweisen, beschreibt unterschiedliche Habitusformen sowie die soziale Welt und Zeit der DDR-Bürger. Dem BRD-Bürger und flüchtigem DDR-Besucher sowie soziologisch interessierten Leser werden das Leben der DDR-Bürger und das „Unterleben" in der DDR plastisch vor Augen geführt; die feuilletonistische Ausdrucksform erleichtert diesen Zugang. Engler weist auf die Gefahr hin, die west-östlichen Verhaltensdifferenzen allzu unbekümmert auf die Stegreifskala „modern-vormodern" abzutragen (Engler, 1992, 162) – die Individualisierung des Sozialverkehrs ist für ihn eine ungew*ollte* Moderne, die sich durch das Diktat der Verfügbarkeit entwickelt habe (ebd., 163).

Einen anderen Stellenwert hat die 1991 erschienene Publikation von *Reißig* und *Glaeßner*, denn die dort zusammengefügten Beiträge bieten eine sichernde Bestandsaufnahme der Ereignisse in den Jahren 1989 und 1990 aus der Sicht von DDR-Soziologen. In diesem Sammelband sind konkurrierende Deutungen zum Niedergang des „realen Sozialismus", zu den politischen und sozialen Umbrüchen in Ostdeutschland und zu den ostdeutschen „Lebenswelten" aufgeführt. Dieses Buch ist als ein zeitgeschichtliches Dokument deshalb von Interesse, weil fast alle Aufsätze einen relativ vorläufigen, offenen Charakter haben und der Versuch sichtbar wird, die Soziologie der westlichen und fernöstlichen Welt „anzuwenden" – folglich ist auch vieles „unverdaut". In einigen Aufsätzen wird bereits hier ein Rahmen aufgespannt, der in den darauf folgenden Jahren bedeutsamer geworden ist: es wird versucht, einen Teil der Ereignisse dieser Jahre aus einer Wertwandelperspektive zu begreifen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß es zwischen west- und ostdeutschen Soziologen, insbesondere in der „Drehscheibe" Berlin, schon recht früh zu einer Reihe von Begegnungen gekommen ist, die von verschiede-

nen westdeutschen Instituten gefördert wurden; schließlich fand 1991 in Leipzig auch der letzte ostdeutsche „Soziologen-Tag" statt, den viele BRD-Soziologen besuchten. Aus diesen und darauf folgenden Treffen sind Publikationen hervorgegangen, von denen insbesondere die von *Meyer* und *Thomas* zu nennen wären.[1]

2. In der zweiten Phase des Transformationsprozesses, im Jahr 1992, stabilisierten sich die politischen Ereignisse – sofern man darunter die gewohnten Prozeduren des Parlamentarismus versteht: Die Bundes- und Landesparlamente arbeiteten zum Teil mit relativ eindeutigen Mehrheiten „wie früher", und Deutschland versuchte, im internationalen Gefüge einen neuen Platz zu finden. Während sich in Westdeutschland die politischen Mehrheitsverhältnisse kaum veränderten (nur auf Landes- und Gemeindeebene zeichnete sich die Tragfähigkeit von Rot-Grün-Bündnissen ab), wurde in Ostdeutschland zum Erstaunen vieler Beobachter mehrheitlich konservativ gewählt – gleichzeitig stabilisierte sich eine starke PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), die sich aus der alten SED heraus entwickelt hatte.

Auf der wirtschaftlichen Ebene ist hervorzuheben, daß die Gebrauchs- und Konsumgüterbranche Ostdeutschlands fast vollständig zusammengebrochen und durch westliche Unternehmen ersetzt worden war; die Baubranche etablierte sich – dies war in der zweiten Phase der einzige Bereich, in dem es auch zu nennenswerten ostdeutschen Betriebsgründungen gekommen ist. Die Investitionsgüterindustrie stagnierte hingegen, weil es der Treuhand nicht im erforderlichen Umfang gelang, in- oder ausländische Investoren für Betriebsübernahmen zu gewinnen. Es zeichnete sich allmählich ab, daß es noch lange keinen „selbsttragenden" Aufschwung geben würde, und daß in Zukunft hohe Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland erforderlich sein würden.

Gleichzeitig festigten sich in Ostdeutschland die privat-marktwirtschaftlichen Strukturen, und es institutionalisierte sich ein Arbeitsmarkt westdeutscher Prägung. Die Arbeitslosenquote pendelte sich im Durchschnitt bei etwa 15 % ein; die Zahl der Erwerbspersonen, die sich in einer der vom Arbeitsamt geförderten Maßnahmen befand, überstieg die amtliche Arbeitslosenquote, so daß mehr als ein Drittel der ostdeutschen Erwerbspersonen *nicht* in einem „regulären" Beschäftigungsverhältnis arbeiteten. Der Arbeitsmarkt war weniger von den andauernd ausgegrenzten Langzeitarbeitslosen geprägt (die sind vorwiegend

1 (Meyer, H., Hrsg. (1992), *Soziologentag Leipzig 1991.* und Thomas, M., Hrsg. (1992), *Abbruch und Aufbruch.* Beide enthalten eine Fülle von Materialien, die von West- *und* Ost-Soziologen zusammengetragen wurden, können hier aber leider nicht rezensiert werden, weil der Ost-Berliner Akademie Verlag trotz wiederholter Nachfrage keine Rezensionsexemplare zur Verfügung stellte – Relikte einer bekannten Rezensionskultur, die wieder nur den Autoren schadet.)

in die Frühverrentung und in die Stille Reserve „ausgesteuert" worden), als vielmehr von einer extrem hohen Arbeitsmarktfluktuation. Ein großer Teil der Beschäftigungsaufnahmen erwies sich als instabil, weshalb sich die Diskontinuität bei einer Vielzahl von Erwerbsverläufen verfestigte – die wiederholte Arbeitslosigkeit kristallisierte sich als *das* Arbeitsmarktproblem heraus. In Westdeutschland hatte sich die Arbeitsmarktsituation hingegen etwas entspannt, die amtlichen Arbeitslosenquoten lagen bei 8 bis 9 %.

Die skizzierten politischen und ökonomischen Entwicklungen dürften die Ursache dafür sein, daß in dieser Zeit das soziale Klima in Deutschland „kippte". Diese zweite Phase wurde zur eigentlichen *Wendephase*, in der die gesellschaftlichen Veränderungen kognitiv überhaupt erst als einschneidender sozialer Wandel erfahren wurden. Die Ostdeutschen beschrieben ihre Lebenssituation als äußerst *ungewiß*. In dieser Wendephase wurde sichtbar, daß in Deutschland alte und neue Strukturen aufeinanderprallten, weshalb es vielen wichtig wurde, das „Heute" und das „Früher" abwägend und bewertend gegenüberzustellen. Dabei wurden nicht selten die vergangenen DDR-Institutionen und die eigene DDR-Vergangenheit zu Mythen verklärt; es verfestigte sich im Jahr 1992 *die* Sicht auf *die* DDR-Vergangenheit.

Soziale Ungleichheit wurde zu einem beherrschenden Thema, weil sich seit Beginn der 90er Jahre Kontexte und Maßstäbe verändert hatten und vor allen Dingen Benachteiligungen gegenüber den Westdeutschen (immer noch) gesehen wurden. Kritisiert wurden weniger die marktwirtschaftlich-kapitalistischen Aspekte, sondern die „ungerechte" Partizipation an Sozial- und Transferleistungen, und somit waren es aus Sicht der Ostdeutschen wieder die staatlichen Institutionen, die bei der Verteilung öffentlicher Leistungen versagten. Strukturähnlich waren die kritischen Äußerungen auf der Westseite, denn die hohen Transferzahlungen verringerten den Verteilungsspielraum in Westdeutschland.

Im Mediendiskurs der zweiten Phase standen eben diese sozialen Aspekte des Transformationsprozesses im Vordergrund: Arbeitslosigkeit, steigende Mieten und drohende soziale Not in Ostdeutschland waren die herrschenden Themen des Jahres 1992. Politisches und wirtschaftliches Handeln wurde tendenziell als Versagen thematisiert; das mediale Deutungsangebot lautete: „Politik und Wirtschaft sind den komplexen Anforderungen des Einigungsprozesses nicht gewachsen". Es wurde deutlich gemacht, daß es soziale Probleme und Verteilungs-Ungerechtigkeiten in West- *und* Ostdeutschland gebe.

Die West- und Ostdeutschen wurden im Mediendiskurs nun als Personengruppen dargestellt, die die Regeln und Normen der jeweils anderen nicht beherrschten, weshalb es zu einer bestimmten Problemkonstellation komme. Thematisiert wurden habitualisierte kulturspezifische Sollvorstellungen, die

von der jeweils anderen Gruppe nicht geteilt würden, z. B. der investierende und gewinnabschöpfende Westmensch; der konsumierende und fordernde Ostmensch. Damit hatten sich unmerklich die Schwerpunkte der Medienberichterstattung verschoben: West- und Ostdeutsche würden in den Mediendiskursen zu Typen unterschiedlicher sozialer Ordnungen stilisiert.

Zur zweiten Phase wurden in den soziologischen Publikationen fundierte Analysen des Transformationsprozesses angeboten. Herausragend ist der Aufsatzband von *Joas* und *Kohli* (1993), in dem Arbeiten von West- *und* Ost-Soziologen enthalten sind. Sie alle beschäftigen sich mit der Frage, warum die DDR zusammengebrochen und wie der Weg der DDR im Vergleich zu ihrer Referenzgesellschaft BRD angemessen beschreibbar sei. Interessant ist, daß die Autoren unterschiedliche Themenfelder bearbeiten: Wer Interesse an der Analyse der Sozialstruktur der DDR hat wird ebenso fündig wie derjenige, der sich für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, für DDR-Lebensverläufe oder die Rolle der Wirtschaftsplanung und der evangelischen Kirchen interessiert. Gleichzeitig werden verschiedene theoretische Zugänge expliziert und mithin auch diverse Antworten angeboten. Dieses Buch stellt ein Fundament dar, auf das weitere Analysen zum sozialen Wandel in der DDR aufbauen können – es ist zugleich ein Spiegel dessen, wie west- *und* ostdeutsche Soziologen die Vorgänge im neuen Deutschland interpretieren, wie sie also auf ihr eigenes – schnellebiges – gesellschaftliches Umfeld blicken.

In den Fachzeitschrifen des Jahrgangs 1992 wurde in nur wenigen Veröffentlichungen Bezug genommen auf die neue Situation in dem nun „größeren" Deutschland; auch die deutlich sichtbaren sozialen Problemlagen und Fragen der sozialen Ungleichheit waren kein Thema. In den wenigen Fachaufsätzen ging es um Fragen zur Sozialstruktur und zur Situation der Jugend in der DDR, um Probleme der nationalen Identität und um die Struktur des staatlichen Herrschaftsapparats. Auf dem Soziologentag, der 1992 zum Thema „Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa" in Düsseldorf stattfand, wurde hingegen bereits engagiert über den Transformationsprozeß diskutiert; anzumerken ist jedoch, daß nur wenige DDR-Soziologen vertreten waren und daß auch nur in einigen Veranstaltungen dieses Soziologentages *Ost*europa explizit miteinbezogen wurde.

Eine Ausnahme war der Abendvortrag von *Offe* zum „Sonderweg der Transformation", der als Kurzfassung zunächst im Kongreßband, dann später mit weiterten Analysen in einer Monographie mit dem bezeichnenden Titel: „Der Tunnel am Ende des Lichts" 1994 publiziert wurde. In diesem Vortrag ging es um einen Vergleich des deutschen „Beitrittsgebiets" mit den übrigen osteuropäischen Nachbarn: Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien. Bei der Gegenüberstellung der Länder bezog sich Offe auf die

Ebenen der Ökonomie, der politisch-institutionellen Verfassung und der Kultur als Modi der sozialen Integration nationaler Gesellschaften (Offe, 1994, 230). Mit diesem Instrumentarium versuchte er in einem ersten Schritt, die Gemeinsamkeiten der Umbrüche in diesen Ländern zu benennen, um dann in einem zweiten Schritt eine Typologie aus den sechs ost- und mitteleuropäischen Übergangsgesellschaften zu entwickeln, die die Unterschiede zwischen drei Ländergruppen sichtbar macht. Aus dieser Perspektive sind Tschechoslowakei und DDR, Ungarn und Polen sowie Bulgarien und Rumänien strukturverwandte Gesellschaften im Transformationsprozeß. Des weiteren führte er aus, daß eher die CSSR und die DDR *gemeinsam* als Spezialfall gewertet werden müßten, daß es also keinen „deutschen Sonderweg" gegeben habe, aber die DDR als „Ausnahmefall" gedeutet werden könne – diesen Prozeß beschreibt Offe abschließend.

Dieser Vortrag ist in der genannten Publikation als Aufsatz eingebettet in einer Reihe von Analysen Offes, die nahezu alle bis 1992 angefertigt wurden, und die die verschiedenen Facetten des sozialen Wandels in Mittel- und Osteuropa zum Gegenstand haben. Sie alle sind lesenswert, weil es Offe immer wieder gelingt, auf vergleichbare oder unterschiedliche Entwicklungen in anderen Ländern hinzuweisen – auch wenn der Transformationsprozeß in Deutschland im Mittelpunkt steht. Dies kann von den übrigen Aufsätzen, die in dieser Zeit in Sammelbänden erschienen sind, nicht gesagt werden, weil sie das deutsche „Gehäuse" nicht verlassen und mit ihrem modernisierungs- und wertetheoretischen Zugriff zu kurz greifen. Der Vorwurf, daß in solchen Publikationen deutsche Nabelschau betrieben wurde, ist nicht von der Hand zu weisen.

3. In den Jahren 1993 und 1994 setzte eine dritte Phase ein, die als Konsolidierungsphase bezeichnet werden kann – dies gilt für die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ebene gleichermaßen. Das politische Handeln in Deutschland veralltäglichte sich, als ob es nie einen „Beitritt" von fünf neuen Bundesländern gegeben hätte – business as usual. Dieser politische „Friede" wurde nun durch zwei Entwicklungen gestört: Zum einen wurde sichtbar, daß die neue Bundesrepublik weiterhin fast ausschließlich von Bonn aus regiert wurde, d. h., daß es in den Parteien nur noch wenige ostdeutsche Politiker gab, die Regierungs- oder Ministerverantwortung innehatten. Dadurch fehlte eine sichtbare ostdeutsche Interessenvertretung im weiteren Transformationsprozeß. Zweitens ist 1993 das Jahr, in dem die fremdenfeindliche Gewalt ihren Höhepunkt erreichte und die Politik nur hilflos mit Änderungsvorschlägen zur Asylgesetzgebung reagierte. Damit etablierte sich ein langlebiges politisches Issue, das den sozialen Wandel in West- *und* Ostdeutschland und die damit verbundenen Probleme überdeckte – und dies unabhängig von der partei-

politischen Ausrichtung, weil sich fast alle Gruppierungen darauf haben fixieren lassen.

Auf der wirtschaftlichen Ebene kann von einer Konsolidierung deshalb gesprochen werden, weil nun endgültig für jeden sichtbar war, daß der „Beitritt" gesamtökonomisch ein Flop war, der die kommenden deutschen Finanzminister noch lange beschäftigen wird. Die Treuhand stellte Mitte 1994 ihre Arbeit ein und hinterließ Schulden in Milliardenhöhe (die im öffentlichen Diskurs als „Altlasten" der DDR bezeichnet werden). Die politisch gelenkte, administrative Arbeitskraftumverteilung ist damit in Ostdeutschland abgeschlossen.

Die wirtschaftliche Situation im Westen war sehr angespannt, im Osten gab es weitere Industrie- und Dienstleistungsansiedlungen sowie einen forcierten Ausbau der öffentlichen Infrastruktur; dennoch blieb das Investitionsvolumen in Ostdeutschland hinter den Erwartungen zurück. Erste Kleinbetriebe und mittelständische Unternehmen, die im Gründerboom entstanden waren, mußten Konkurs anmelden. Allein die Bauindustrie boomte, wobei hier im Verdrängungswettbewerb ostdeutsche Betriebe meist das Nachsehen hatten, so daß der Markt mittlerweile unter westdeutschen Großfirmen aufgeteilt ist. Allerdings ist jetzt bereits absehbar, daß auch die Bautätigkeit schrumpfen wird.

Auch die Arbeitslosenquoten haben sich seit 1993 verfestigt; die in den Sanierungskonzepten zugesagten Beschäftigungszahlen wurden in aller Regel nicht eingehalten, so daß es nochmals zu Entlassungswellen kam. Die vielfältigen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung wurden stark eingeschränkt. Die räumlichen Disparitäten zwischen den ostdeutschen Bundesländern und zwischen Stadt und Land haben sich in Ostdeutschland verschärft: die wirtschaftlich wichtigen Stadtkerne sind teilweise schon modernisiert, die außerhalb liegenden Neubaugebiete werden zunehmend zu sozialen Problemgebieten, und in den ländlichen Regionen sind die Arbeitslosenquoten oft schon höher als die Beschäftigungsquoten.

Das soziale Klima in Deutschland hat sich seit 1993 konsolidiert, weil es kaum mehr nennenswerte Entwicklungs*schübe* gegeben hat und West- und Ostdeutsche relativ distanziert und desinteressiert nebeneinander her leben. Westdeutsche müssen sich aufgrund der stark sinkenden Realeinkommen einschränken, Ostdeutsche versuchen, ihre Situation zu stabilisieren und nicht weiter auf die versprochenen sozialstaatlichen Maßnahmen zu warten.

Interessant ist, daß Ostdeutsche bei Umfragen in der Mehrzahl bestätigen, daß es ihnen insgesamt seit Beginn der neuen Zeit besser gehe, was sie insbesondere an der materiellen Ausstattung sowie der Gebrauchs- und Konsumgüterversorgung festmachen. Allerdings hat sich in der Zwischenzeit ihr Vergleichs-

maßstab verschoben: sie orientieren sich nun eindeutig an den westlichen Lebensverhältnissen und sehen sich in diesem Vergleich als Benachteiligte, Bürger zweiter Klasse usw. – sie bezeichnen sich selbst als unzufrieden. Dies hat mit der wachsenden sozialen Unsicherheit zu tun, die in dieser Form in der „Sicherheitsgesellschaft DDR" unbekannt war. Beklagt wird, daß sie beim „Beitritt" zur BRD ihre Vorstellungen von einem Sozialstaatsmodell gesellschaftspolitisch nicht einbringen konnten und daß sie *diesen* Wandel in der Form *so* nicht wollten. Somit verschärfen sich die Ost-West- und die Ungleichheitsdiskurse, weil nicht nur Westdeutsche als „Wendegewinner" wahrgenommen werden, sondern weil sich auch unter den Ostdeutschen eine Schere zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen aufgetan hat.

Die medialen Diskurse dieser Zeit waren durch die sogenannte „Ausländer- und Asylproblematik" sowie die gewaltsamen Übergriffe geprägt. Der soziale Wandel in Deutschland wurde damit als Thema verdrängt; es wurden allenfalls weiterhin die sozialen Kosten diskutiert (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verarmung). Erst 1995 gibt es wieder eine Gesamtschau auf die Ereignisse in Deutschland und Osteuropa, nämlich aus der Perspektive: „Fünf Jahre deutsche Einheit". Bemerkenswert ist, daß sich der Diskurs über *die* typischen West- und Ostdeutschen, die verschiedene soziale Ordnungen repräsentieren, verändert: nun werden sie zusätzlich als jeweils andere Kulturtypen thematisiert. Kulturalisierung sozialer Ungleichheiten bedeutet zugleich eine *Fundamentalisierung* sozialer Konflikte: es geht um um die „ewigen" Gewinner und Verlierer in allen Systemen.

Die Soziologie dieser Jahre hat das Thema in den Griff bekommen, und es ist mittlerweile schwierig geworden, die stetig steigende Anzahl von Publikationen zu strukturieren. *Erstens* ist auf eine Reihe von überwiegend empirischen Studien hinzuweisen, die in dieser Zeit abgeschlossen und publiziert wurden; sie greifen oft die oben genannten sozialen Probleme auf. Sie sind unterschiedlich fundiert, einige haben eine schmale empirische Basis und sind sehr oberflächlich, fast journalistisch, die Mehrzahl der Arbeiten ist jedoch sehr gut aufbereitet. Somit ist von dieser Seite her die sozialwissenschaftliche Begleitung des Transformationsprozesses gelungen.

Zweitens sind Publikationen zu nennen, in denen es um die kulturellen Differenzen zwischen West- und Ostdeutschen geht. An den meisten Arbeiten ist zu kritisieren, daß sie sich „gebetsmühlenartig" immer um Werte drehen. Schließlich wurde aus der „alten" Wertwandelforschung eine „neue" Mentalitätsforschung entwickelt – Offe spricht treffend von „Befindlichkeitsessays".

Drittens nimmt seit 1993 die Anzahl der Publikationen zu, in denen es – vergleichbar mit der ersten Phase – um „Bestandssicherung" geht, nun aber

aus grösserer zeitlicher Distanz betrachtet, empirisch umfangreicher und theoretisch gesättigter. Der Sammelband von *Kaelble*, *Kocka* und *Zwahr* mit dem Titel „Sozialgeschichte der DDR" ist ein solcher. In dem fast 600 Seiten umfassenden Buch, an dem west- *und* ostdeutsche Sozialwissenschaftler gearbeitet haben, sind fast alle wichtigen Lebensbereiche in der DDR abgedeckt; Hintergrund waren drei gemeinsame Tagungen, die seit 1992 durchgeführt wurden.

Struktur und Aufbau des Sammelbandes können unterschiedlich gelesen werden. Einmal werden drei Fragestellungen in den Beiträgen deutlich: die Frage nach den „Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Sozialgeschichte der DDR", das Problem der „sozialhistorischen Konvergenzen und Divergenzen zwischen der DDR und anderen Gesellschaften" und die Suche nach den „Ursachen des Scheiterns der DDR". Der Aufbau des Buches folgt jedoch einer anderen Logik: In einem ersten Block werden von vier Autoren konkurrierende Zugänge zu diesen Fragestellungen diskutiert; der zweite Block – der eigentliche Hauptteil – umfaßt 17 themen- oder problembezogene Beiträge zu unterschiedlichen „Lebensausschnitten": Landarbeit, Industriearbeit, Bürger, Kirche, Funktionäre, Geschlechter, Generationen, Recht und Staat; im dritten Block werden von den Herausgebern die Ergebnisse, die sich wie alle Einzelbeiträge durchaus sehen lassen können, diskutiert. Positiv ist auch, daß der Sammelband Handbuchcharakter hat, d. h. er ermöglicht den Lesern einen Zugriff auf spezielle Interessensgebiete, ohne die gesamte Sozialgeschichte der DDR nachzeichnen zu müssen; allerdings: die Einzelbeiträge machen neugierig und motivieren zum Weiterlesen.

Es sind *viertens* Arbeiten zu nennen, die die modernisierungstheoretische Perspektive weiterverfolgen und denen es zum Teil auch gelingt, den Aussagezusammenhang zu verdichten. Hier kann die aktuelle Publikation von *Engler* (1995) genannt werden. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß intime empirische Kenntnis und kunstvolles Theoretisieren immer wieder in unterschiedlichen Formen miteinander verknüpft werden. Die Leser spüren sofort, daß Engler, anders als andere Sozialwissenschaftler, immer noch neugierig ist zu erkunden, was in diesem Deutsch-Land vor sich geht und wie die Ereignisse zu deuten sind; in bezug auf seine methodische Haltung zitiert er Geertz: „Aufgabe der deutenden Ethnologie ist es nicht, unsere tiefsten Fragen zu beantworten, sondern uns mit anderen Antworten vertraut zu machen." Spannend ist dieser Sammelband deshalb, weil die Ausgangsthese von der „ungewollten Moderne", die Engler bereits 1992 formuliert hatte, durch weitere empirische Belege und theoretische Überlegungen kompakter wirkt.

III

Die deutsche Soziologie, von der hier nur ein kleiner Ausschnitt präsentiert werden konnte, hat den Transformationsprozeß in unterschiedlicher Intensität begleitet. Man kann von einem gewissen Entsprechungsverhältnis zwischen „objektiver" Struktur-Transformation, „subjektiven" Deutungen, medialen Diskursen und soziologischer Interpretation dieser Ereignisse sprechen.

In diesen fünf Jahren haben sich auch die Themenschwerpunkte und die theoretischen Zugänge verschoben bzw. weiterentwickelt, was zeigt, daß es der Soziologie gelungen ist, dem raschen sozialen Wandel zu folgen. Viele Ergebnisse dieser Transformationsforschung wurden im Frühjahr 1995 auf dem Soziologiekongreß in Halle vorgestellt und diskutiert. Die zwei Kongreß- und Materialienbände informieren darüber, daß sich der Blick nicht mehr nur auf „Deutschland im Umbruch", sondern – wie der Kongreßname auch versprach – auf „Gesellschaften im Umbruch" erweitert hat.

LITERATURVERZEICHNIS

Engler, Wolfgang (1992), *Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus,* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Engler, Wolfgang (1994), *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen,* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Joas, Hans und Martin Kohli, Hrsg. (1993), *Der Zusammenbruch der DDR,* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kaelble, Hartmut; Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr, Hrsg. (1994), *Sozialgeschichte der DDR,* Stuttgart: Klett-Cotta.

Offe, Claus (1994), *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten,* Frankfurt am Main und New York: Campus.

Reißig, Rolf und Gert J. Glaeßner, Hrsg. (1991), *Das Ende des Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit,* Berlin: Dietz.

Anschrift des Autors:
PD Dr. Gerd Mutz,
Müncher Projektgruppe für Sozialforschung e. V.,
Dachauer Str. 189/III, D–80637 München

Staat - Politik - Gesellschaft 1798 bis 1998: Krisen und Innovationen

Diskussionsveranstaltung zur Geschichte des Schweizerischen Bundessstaates

Samstag, 4. Mai 1996, 10.15 bis 17.00 Uhr

1998 soll an zwei Daten erinnert werden, die am Anfang der modernen Schweiz standen: 1798 und 1848. Im Rahmen dieses Jubiläums "200 Jahre Helvetische Republik, 150 Jahre Schweizerischer Bundesstaat" führt die Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (AGGS) ein zweijähriges, an eine breitere Öffentlichkeit gerichtetes Projekt über die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des schweizerischen Bundesstaat durch.

Den Auftakt zu diesem Projekt markiert eine eintätige, **interdisziplinäre Diskussionsveranstaltung** zum Thema *"Staat - Politik - Gesellschaft 1798 bis 1998: Krisen und Innovationen"*. Die zentrale *Fragestellung* lautet: Welche Faktoren haben die Innovation und die Adaptation des politischen Systems der Schweiz an neue Entwicklungsbedingungen gefördert bzw. gehemmt? Im Sinne einer *Ausgangshypothese* gehen die Veranstalter davon aus, dass Krisenphasen am geeignetsten sind, um diese Fragestellung zu überprüfen. Der Projektentwurf schlägt deshalb die Untersuchung folgender *drei Phasen* vor: das halbe Jahrhundert zwischen 1798 und 1848, die 1930er Jahre und den Zeitraum zwischen 1960 und 1978.

Die Diskussionsveranstaltung vom 4. Mai, die durch die Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte (SGWSG) organisiert wird, beginnt mit zwei *Round-tables*, die sich nacheinander zur skizzierten Thematik äussern. Die daran anschliessende allgemeine Diskussion soll überleiten in die *Konstituierung von drei Workshops*, die sich auf die drei krisenhaften Schlüsselperioden in der Entwicklung des schweizerischen Bundesstaates konzentrieren sollen; möglich ist auch ein workshop, der sich im historischen Längsschnitt vergleichend mit einer zentralen Problematik befasst. Diese Arbeitsgruppen sollen innerhalb von knapp zwei Jahren ein oder mehrere Kolloquium veranstalten. Es ist geplant, die Resultate in Buchform zu veröffentlichen, wobei ein besonderes Gewicht auf die *Vermittlung historischer Inhalte an ein breites Publikum* gelegt werden soll. Die ganze Projektarbeit wird im Frühjahr 1998 in einen allgemeinen, von der AGGS veranstalteten Kongress einmünden; Ziel wird es sein, die historische Reflexion für ein vertieftes Verständnis der aktuellen Situation der Schweiz zu nutzen und aufzuzeigen, wo die Chancen für zukunftsträchtige Veränderungen der Innen- und Aussenpolitik liegen.

Tagungsverlauf

10.15	Beginn der Tagung Begrüssung durch Hans-Jörg Gilomen, Sekretär der SGWSG Allgemeine Einführung durch Sebastien Guex
10.30 - 12.00	*Round-table I*: Georg Kreis (Gesprächsleiter), Urs Altermatt, Heinz Kleger, Alfred Kölz, Beatix Mesmer, Christian Simon, N.N; anschliessend Diskussion
12.00 - 13.15	Mittagessen (Unimensa im Hauptgebäude)
13.15 - 14.45	*Round-table II*: Jakob Tanner (Gesprächsleiter), Kurt Imhof, Hans Ulrich Jost, Hanspeter Kriesi, Hansjörg Siegenthaler, Albert Tanner, Regina Wecker; anschliessend Diskussion
14.45 - 15.45	Allgemeine Diskussion (Leitung Brigitte Schnegg)
15.45 - 16.00	Pause
16.00 - 17.00	Konstituierung von (drei) *Workshops*

Ort: Universität Zürich, Hauptgebäude Rämistrasse 71, Saal 101

Alle Interessierten sind eingeladen. Anmeldung ist nicht erforderlich.